

Tischvorlage zum Kapitel „Bildung/Forschung“

Erwin Rauscher – für die Sitzung der Migrationskommission am 2. Mai 2018 – ab 10.30h im BMI

„An barbarische Rückfälle, wie Kriege zwischen den Völkern Europas, glaubte man so wenig wie an Hexen und Gespenster; beharrlich waren unsere Väter durchdrungen von dem Vertrauen auf die unfehlbar bindende Kraft von Toleranz und Konzilianz. Redlich meinten sie, die Grenzen von Divergenzen zwischen den Nationen und Konfessionen würden allmählich zerfließen ins gemeinsame Humane und damit Friede und Sicherheit, diese höchsten Güter, der ganzen Menschheit zugeteilt sein.“

Stefan Zweig: *Die Welt von Gestern* (1941)

Wir alle gemeinsam steuern Migration. Uns alle gemeinsam steuert Migration.

Die Diversität unserer Migrationsgesellschaft braucht ein verändertes Verständnis für Bildung und sich daran orientierende Strukturen, denn die Zukunft wartet nicht. Politische Bildung ist der „Schul-Weg“ der Politik zur Freiheit durch Bildung (Humboldt). Integration als schulischer Umgang mit Migration ist heute sowohl ein sozialer Anspruch als auch eine individuelle Anstrengung, es gibt keine Alternative dazu.

Elementarpädagogik

- In den ersten Lebensjahren eines Kindes wird die Basis für die individuelle Bildungslaufbahn gelegt. Neben den Eltern als wichtigste Bezugspersonen sind für die frühkindliche Bildung auch andere Lebens- und Lernorte wichtig und notwendig: die elementaren Bildungseinrichtungen.
- Kindergärten kommt eine Schlüsselrolle für die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund zu: Benachteiligungen minimieren, Chancen erhöhen, transkulturelles Verständnis entwickeln, Integration fördern.
- Die Dauer des Kindergartenbesuchs bestimmt maßgeblich, wie ein Kind Deutsch lernt.
- Bildungspartnerschaft mit den Eltern, Kommunikation und Zusammenarbeit fördern das Verständnis für das Kind. Bildungsangebote im Kindergarten werden auf Lebenswelt, Erfahrungen, Fähigkeiten und Interessen von Kindern abgestimmt. Besonders bei kulturbedingt unterschiedlichen Werthaltungen und pädagogischen Orientierungen sind demokratische Strukturen bedeutsam, um Diskrepanzen im Dialog überwinden zu können.
- Zunehmende Diversität braucht qualitätsvolle professionelle Aus- und Fortbildung der PädagogInnen.

Handlungsfelder

- Elementare Bildung soll kostenlos oder mit sozialer Staffelung zur Verfügung stehen, um Zugangsbarrieren zu minimieren.
- Qualitätsentwicklung im Migrationskontext braucht Struktur (Gruppengrößen), Orientierung (migrationspädagogische Konzepte), professionelle Interaktion, Reflexion (kollegialer Austausch, Fortbildung)
- Alle PädagogInnen benötigen sprachwissenschaftliche Grundausbildung, angesichts von Diversität und Inklusion auf tertiärem Niveau für Aus- und Fortbildung. (Deren stufenweise Einführung ist ein Gebot der Stunde und in nahezu allen anderen europäischen Staaten längst verwirklicht.)

Primarstufenpädagogik

- Das Klassenlehrkraftprinzip bringt soziale Vorteile, aber auch fachliche Herausforderungen. Es verlangt bildungssprachliches Deutsch.
- Kindesaltersbedingt kommt der Zusammenarbeit von Schule und Elternhaus besondere Bedeutung zu. Gesellschafts-, kultur- und religionsbedingt zeigen sich große Unterschiede in den Kontakten zwischen Schule und Elternhaus.
- Die Schullaufbahnwahl braucht individuelle Beratung.

Handlungsfelder

- Die Schulen brauchen professionelle Beratung und Unterstützung für die angesichts der heterogenen Herkunft und der kulturellen Unterschiede komplex gewordene Elternarbeit.
- Neben der Ausbildung zu Klassenlehrkräften ist additiv im Rahmen der *PädagogInnenbildung neu* eine FachlehrerInnenbildung anzudenken, um dem zunehmend hohen Migrantenanteil auch mit LehrerInnen aus gleichen Herkunftsländern gerecht zu werden, aber auch um die zunehmend hohen fachlichen Ansprüche (besonders in Englisch, Musikerziehung, Bildnerischer Erziehung, Bewegung und Sport, NAWI-orientierte Sachkunde, EDV) personell abdecken zu können (und Unterrichtsstundenentfall in den benannten Fächern zu vermeiden).
- Es braucht Maßnahmen, um Eltern aus anderen Herkunftsländern für das Schul- und Ausbildungssystem in Österreich zu sensibilisieren.

Sekundarstufenpädagogik

- Der Leistungsrückstand von 10-Jährigen mit anderer Familiensprache ist im europäischen Vergleich besonders hoch, im Lese- und Hörverständnis bis zu zwei Schuljahren.
- Ebenso verzögert gestaltet sich das Annehmen der deutschen Sprache durch die zugewanderten oder auch bereits in Österreich geborenen Jugendlichen mit anderer Familiensprache.
- Auch das sozioökonomische Handicap von SchülerInnen mit Migrationshintergrund ist in Österreich deutlich höher als in vergleichbaren Ländern (und besonders in klassischen Einwanderungsstaaten).
- Unverhältnismäßig mehr SchülerInnen mit Migrationshintergrund repetieren. Dennoch hat Österreich unverhältnismäßig wenig SchulabbrecherInnen im europäischen Vergleich.

Handlungsfelder

- Das dringlichste Gebot der Stunde ist ein Angebot zum Erlernen der deutschen Sprache (nicht nur durch Sprechen, sondern auch für das Lesen und Schreiben).
- Die Berufsorientierung der 7./8. Schulstufe braucht eine verstärkte Fokussierung auf SchülerInnen mit anderer Familiensprache und anderem kulturellen Verständnis.
- Die Schule muss sich in besonderem und verstärktem Ausmaß für das Gelingen und einen hohen Stellenwert von Bildung verantwortlich fühlen.
- Schulen stehen unter hohem Erfolgsdruck: Es gibt kaum ein gesellschaftliches Problem, das die Schule nicht lösen soll. Der Bildungsehrgeiz der Eltern ist gewachsen und wird durch die Furcht vor sozialem Abstieg genährt. Dafür braucht es schulpartnerschaftlichen Dialog mit Eltern und mit Stakeholdern.

Hochschulwesen

- Bildungsmigration hat einen geringen, aber doch wesentlichen Anteil von etwa 18% an der Gesamtzuwanderung. Sie ist sowohl kulturell als auch bildungspolitisch ein wichtiges Instrument und durchwegs positiv zu sehen, sowohl *Incoming* als auch *Outgoing* betreffend.
- Die Gesamtstudierendenzahlen haben sich von 2014 bis 2017 geringfügig erhöht; der Zuwachs geht überwiegend auf ausländische Studierende zurück. 28,7 % der Studierenden kommen aus dem Ausland.
- Die Abwanderung von Graduierten ist arbeitsmarktpolitisch negativ, aus entwicklungspolitischer Sicht positiv zu sehen.
- Es gibt (im Vergleich zu anderen Staaten) kein aktives BewerberInnen- und Talentemanagement. Und weitgehend nur niederschwellige Zugangstests.
- Eine Herausforderung stellt sich im bereits in den nächsten Jahren wachsenden Lehrermangel (in Österreich selbst wie auch in den Nachbarländern).

Handlungsfelder

- Erstrebenswert sind autonome Festlegungen von adäquaten Nachweisen der Studierfähigkeit.
- Zu überlegen ist die Durchführbarkeit individueller Eignungsüberprüfungen im Herkunftsland der StudienwerberInnen als zusätzliche Entscheidungsgrundlage.

- Unterstützungsmaßnahmen am Beginn und gegen Ende des Studiums durch Mentoring sollen zur besseren Integration der Studierenden führen und die Bildung von Peer-Netzwerken (auch mit Studierenden aus Österreich) fördern.
- Für Studierende mit Migrationshintergrund anzustreben ist ein gezielt offener Kunst- und Kulturbegriff: Kunstuniversitäten und Kunstinstitutionen sollen und können die soziale und kulturelle Diversität der Gesellschaft abbilden.
- Besonders qualifizierte Studierende aus Drittstaaten können proaktiv unterstützt werden durch Aufenthaltsgenehmigungen, Welcome Services, Reduktion der nachzuweisenden finanziellen Mittel u.a.m.
- Eine große staatliche Herausforderung ist die Abschiebung von Studierenden im Asylverfahren und mit unsicherem Aufenthaltsstatus.
- Universitäten wünschen staatliche Unterstützung für Programme zur Aufnahme gefährdeter und verfolgter KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen.
- Es braucht gezielte Maßnahmen, um den Prozentwert von LehrerInnen mit Migrationshintergrund für ebensolche SchülerInnen zu steigern.
- Forschung kann befördert werden durch spezielle Bereitstellung von Ressourcen für eine kritische Migrationsforschung sowie den gezielten Ausbau der inter- und transsektionalen Diversitätsforschung an allen österreichischen Universitäten, Hochschulen und weiteren Forschungseinrichtungen.

Mehrsprachigkeit

- Äußere und innere Mehrsprachigkeit sind weltweit und in Österreich die Regel, Einsprachigkeit eher die Ausnahme. Mehrsprachigkeit ist ein Schlüssel zu beruflichem Erfolg – davon darf das Bildungswesen nicht ausgenommen bleiben.
- Mehrsprachigkeit, interkulturelle Kompetenz und Toleranz gegenüber der Verschiedenheit von friedlichen Lebensentwürfen sind explizite Bestandteile der Bildung in einer modernen europäischen Gesellschaft.
- Internationalität bedeutet heute nicht die Aufgabe jener eigenen kulturellen Identität, die in der Sprache gründet, vielmehr das bewusste Kennenlernen anderer Kulturen und Wissensbestände über den Weg der Bildung.
- Empirische Bildungsforschung klärt die Frage, wie die Schule mit Menschen mit Migrationserfahrung umgeht, ohne sie auf ihren Betroffenheitsstatus als MigrantInnen zu reduzieren oder gar zu stereotypisieren.

Handlungsfelder

- Forschung und Praxis brauchen Brücken und Dialog: Mehrsprachigkeitsforschung braucht Zugänge zu den Alltagserfahrungen vieler LehrerInnen vor Ort, vice versa.
- Das Bildungswesen braucht Transfer zwischen einem national und auf Abgrenzung geprägten Kulturverständnis (deutsch, türkisch, italienisch, syrisch ... *class of civilizations*) und dem gegenwärtigen Durchdringen und Verflechten von Kulturen. Interkultureller Dialog (Schulfest mit Speisen aus den Herkunftsländern der SchülerInnen) reicht nicht aus – es braucht Vermittlung und Verständnis von Transkulturalität an Beispielen (der Musik, der Kunst, der Literatur, der Architektur, der Biologie) aufbereitet für den schulischen Gebrauch.
- Sprachliche Bildung ist in allen Unterrichtsgegenständen, allen Lernbereichen, allen Bildungsetappen durchgängig zu fördern – zur Sicherstellung von Sprachkompetenz, mündlich und schriftlich.
- Sprachdiagnostik, Sprachbildung und Sprachförderung als Gegenstand bildungspolitischer und administrativer Maßnahmen: Diagnose- und Förderkonzepte sind zu evaluieren und weiterentwickeln.
- Sprachliche Bildung soll in der PädagogInnenbildung als verpflichtendes Modul zentral verankert werden.

Politik und politische Bildung

- Integration als schulischer Umgang mit Migration ist heute sowohl ein sozialer Anspruch als auch eine individuelle Anstrengung.
- Eine Vielzahl schulpädagogischer Fragen (Ganztagsschule; Sekundarstufe I; Sprachförderung u.v.m.) ist überlagert von politischen, oftmals auch parteipolitischen Polarisierungen, die ihrerseits von den Medien

gepflegt und hochstilisiert werden.

- Politische Einflussnahme lenkt von zentralen Aufgaben der Schule ab – besonders im Umgang mit den gesellschaftlichen Auswirkungen und Veränderungen durch Migration.

Handlungsfelder

- Die Schule braucht eine versachlichte und (partei)politisch geringer beeinflusste Diskussion ihrer aktuellen Problemstellungen durch verstärkten Diskurs mit der Schulforschung, mit den Stakeholdern und mit den Schulpartnern als direkt Betroffene.
- Am Standort autonome Ganztagschulentwicklung (in ihren vielfältigen Möglichkeiten) ist zu forcieren.
- Schuldemokratie zu üben ist ein tägliches Ziel der politischen Bildung: Diese soll nicht nur als eigener Gegenstand aufscheinen, sondern alle Bereiche des Unterrichts und des Schullebens insgesamt durchdringen: Die Schule ist auch ein Ort des Erlernens und Einübens demokratischer Kultur.
- Schultheater, Planspiele, Diskussionen mit „Zeugen“ sind als wesentliche Elemente unverzichtbare Teile des Unterrichts; sie sollen gepflegt und durch vielfältige Angebote ausgebaut werden.

Religiöse und/oder ethische Bildung

- Österreich hat eine solide und stark mehrheitsfähige gesetzliche Grundlage zur Erteilung des konfessionellen Religionsunterrichts, inkl. des aus Tradition und Überzeugung nicht antastbaren Konkordats. In keinem Land der Welt ist die Teilnahme am konfessionellen Religionsunterricht so hoch.
- Österreich als Migrationsgesellschaft ist zunehmend mit SchülerInnen unterschiedlicher religiöser Bekenntnisse oder auch ohne religiöses Bekenntnis konfrontiert. In der schulischen Praxis ergeben sich daraus organisationale Problemfelder (Abmeldung; Stundenplangestaltung; Aufsichtspflicht), vor allem aber auch das Bedürfnis nach Werteerziehung für alle SchülerInnen.
- Seit 1997 laufen bundesländerweit in den Sekundarstufen II unterschiedliche Schulversuche mit dem Gegenstand *Ethik* als Ersatzfach für jene Schülerinnen, die keinen Religionsunterricht besuchen.
- Migration hat dazu geführt, dass nicht mehr nur christlich konfessioneller Religionsunterricht angeboten wird, sondern immer mehr auch islamischer. Daraus ergeben sich neue Herausforderungen, aber auch medial hochgespielte Szenarien.
- Der vordergründig und vielfach eingeforderte Ansatz, konfessionellen durch über- oder interkonfessionellen Religionskunde-/Ethik-/Lebensgestaltungs-Unterricht über Religionen und Werte zu ersetzen, ist weder demokratiepolitisch mehrheitsfähig, noch von KirchenvertreterInnen erwünscht.
- Das ECCE (= European Comitee for Catholic Education) ist für katholische Privatschulen europaweit mit Hilfe eines *Survey on "Intercultural": additional questions regarding refugees* vorbildhaft vorangegangen.

Handlungsfelder

- Universitäten und Pädagogische Hochschulen mögen ein kompatibles Studienangebot für den Gegenstand Ethik entwickeln.
- Kostenkalkulation zur Einführung des Ethikunterrichts auch an Sek-I-Schulen kann die Entwicklung fördern.
- Der Transfer von Schulversuchen in das Regelschulwesen darf nicht zum Kulturkampf werden, soll nach schulpädagogischen Gesichtspunkten ausgerichtet werden, wenn zuvor die Finanzierung gesichert ist.

Inklusion

- Im Kontext von Schule und Bildung wird von Inklusiver Pädagogik gesprochen, wenn Diversität und Heterogenität als normal betrachtet und nicht separiert werden oder einen Bereich in den anderen nur integrieren wollen.
- Die Inklusionsdebatte darf nicht geführt werden als Glaubenskrieg um Schulstruktur (der Sonderschulen), sondern als ein ethischer Auftrag zur Mitmenschlichkeit.

Handlungsfelder

- Um Inklusion an Schulen realisieren zu können, bedarf es der Entwicklung und Optimierung von entsprechenden Lernbedingungen für alle SchülerInnen. Als deren Voraussetzung gilt es, die Kultur, aber auch

Strukturen und Praktiken einer Schule zu transformieren.

- Österreich braucht ein Bildungssystem, das Migrantenkindern Chancengerechtigkeit bringt. Für den Unterricht bietet sich eine Vielzahl von inklusiven Settings an, die schrittweise eine gesamtgesellschaftliche Veränderung im konkreten Tun vor Ort einleiten: Entwickeln und Erproben von Unterstützungssystemen; Individualisierung der Leistungsbeurteilung; Mehrsprachigkeitsdenken und -handeln; Lehrkräfte mit Migrationshintergrund.
- Die Inklusionsdebatte als Diskurs um die Auflösung einer Schulform zu führen, führt zum ideologischen Kampf und wird auf dem Rücken der Kinder und Jugendlichen ausgetragen.
- Die Schulleitung hat in diesem Diskurs eine zentrale Aufgabe von Führungskultur: *Informieren – Identifizieren – Implementieren*. Eine Schlüsselfunktion der Schulleitung besteht darin, die individuellen Besonderheiten einer Schule für Gestaltungsprozesse zu berücksichtigen.

Stadt und Land

- Die Schwankungsbreiten für SchülerInnen mit Migrationshintergrund sind extrem: Unterschiedliche Schülerströme in städtischen und ländlichen Bereichen, emotional und zahlenmäßig angereichert durch die zunehmende Anzahl von SchülerInnen mit Migrationshintergrund, bedürfen regionaler, mitunter sogar lokaler Antworten und Problemlösungsstrategien.
- Damit verbunden ist stark zunehmender LehrerInnenmangel vor allem an Pflichtschulen in Wien und Lehrerflucht aus Wien.
- LehrerInnen an Brennpunktschulen sind kollektiv und individuell verzweifelt angesichts der Disziplinierungsprobleme.

Handlungsfelder

- Den berechtigten, aber mitunter undifferenzierend geäußerten Forderungen nach ergänzenden SozialarbeiterInnen und SchulpsychologInnen muss dringend und selektiv nachgekommen werden.
- Vorschläge der Wiener Lehrervertretung zu sozialen Anreizen für den Verbleib an Wiener Schulen sollen auf Realisierbarkeit überprüft werden.
- Besonders in Ganztagschulen braucht es eine verstärkte systematische Zusammenarbeit mit Musikschulen, Sportvereinen, wohl auch mit Kirchen und Glaubensgemeinschaften sowie nicht zuletzt eine bewusste Kulturarbeit im Kontext von Transkulturalität.
- Eine vorrangig juristische, aber auch pädagogische Frage ist die, ob die Schulpflicht in Österreich weiterhin generell vom Alter abhängig sein und bleiben soll und welche alternativen Optionen angesichts der aktuellen Herausforderungen es gibt.